

An den Intendanten und
den Fernsehrat des
ZWEITEN DEUTSCHEN FERNSEHENS
55100 MAINZ

Berlin, den 5. August 2017

Programmbeschwerde

Sehr geehrter Herr Dr. Bellut,
sehr geehrte Mitglieder des Fernsehrats,

aus Anlass dreier Beiträge, die in den letzten Wochen durch das ZDF verbreitet wurden,
reichen wir hiermit eine Programmbeschwerde ein.

Gemeinsames Merkmal dieser Beiträge ist eine distanzlose Verherrlichung des unter dem Schlagwort „Energiewende“ forcierten Ausbaus von Windkraftanlagen (WKA) unter Ausblendung jedweder eigener kritischer Betrachtung/Recherche sowie unter Negierung bis hin zur Diffamierung sachlich begründeter Kritik an jener Politik.

Konkret handelt es sich um

1. Den Beitrag im *heute Journal* vom 28. Juni 2016 zum Koalitionsvertrag in NRW
2. Den Beitrag im *Morgen Magazin* vom 31. Juli 2017 zu vermeintlichen „WiWubüs“
3. Die Dokumentation „*Energiewende zwischen Wunsch und Wirklichkeit*“ vom 3. August 2017

Bei allen drei Fällen sehen wir die folgenden Pflichten und Grundsätze grob verletzt:

§ 5 ZDF-Staatsvertrag

(1) In den Angeboten des ZDF soll ein objektiver Überblick über das Weltgeschehen, insbesondere ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit vermittelt werden. Die Angebote sollen eine freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung fördern.

§ 11 (2) Rundfunkstaatsvertrag

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen.

§ 10 (1) Rundfunkstaatsvertrag

Berichterstattung und Informationssendungen haben den anerkannten journalistischen Grundsätzen, auch beim Einsatz virtueller Elemente, zu entsprechen. Sie müssen unabhängig und sachlich sein. Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen. Kommentare sind von der Berichterstattung deutlich zu trennen und unter Nennung des Verfassers als solche zu kennzeichnen.

Quellen:

http://www.ard-werbung.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/Dokumentation/20161_ZDF-Staatsvertrag.pdf
http://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/Download/Rechtsgrundlagen/Gesetze_aktuell/RSStV_18.pdf

Hervorhebung durch uns.

Im Einzelnen:

I. Dokumentation „Energiewende zwischen Wunsch und Wirklichkeit“

Dieser Beitrag konzentriert sich allein auf Wunsch(denken) und bleibt die versprochene Wirklichkeit schuldig. Die „Deutsche Energiewende“ wird insgesamt verherrlicht und in ihrer derzeitigen Konzeptlosigkeit als alternativlos dargestellt. Dem erhofften Ziel – nämlich emissionslose Energieerzeugung – wird bar jeder Abwägung - das angeblich geeignete Instrument zugeordnet. So wird postuliert, dass der Ausbau der „Erneuerbaren Energien“ schneller vorangehen müsse und suggeriert, dass „100 Prozent Erneuerbar“ möglich sei und die technischen Lösungen bereits vorhanden wären.

Zu Wort kommen nahezu ausschließlich Profiteure der einschlägigen Maßnahmen und Gesetze. Alle Schwierigkeiten und offenkundigen Probleme der „Energiewende“ werden auf irgendwelche „Bremsen“ und „Verhinderer“ geschoben. So erzeugt der Beitrag eine Echokammer, in der die Stimmen der angeblich Guten sich gegenseitig verstärken und jedes kritische Wort übertönen – ein beliebtes Stilmittel des Populismus.

Die Implikationen der von den Protagonisten skizzierten Szenarien werden jedenfalls nicht hinterfragt, die grundsätzliche Machbarkeit und Skalierbarkeit der vorgestellten Insellösungen wird nicht geprüft. Wesentliche, für eine objektive und unbeeinflusste Meinungsbildung unverzichtbare Fakten werden komplett ignoriert:

Fakt: Die aktuelle Energiepolitik folgt der Vorstellung, man könne den Energiebedarf unseres Landes sukzessive mit Windkraft und Solarenergie decken. Dies ist bei genauer Betrachtung eine Illusion, die auf falschen physikalisch-technischen Annahmen beruht. Aktuell steuern rund 29.000 Windenergieanlagen und 1,5 Millionen Photovoltaikanlagen zusammen gerade einmal 3,1 Prozent zur Deckung unseres Energiebedarfs bei. Ihr Anteil an der Teilmenge Strom ist zwar höher, die von ihnen verursachten direkten und systemischen Kosten sind jedoch gigantisch. Die Kardinalprobleme – die Wetterabhängigkeit und die geringe Energiedichte – sind ungelöst bzw. unlösbar. Die während der letzten Legislaturperiode politikleitende Vorstellung, ein „Ausbau in der Fläche“ führe zu einer Verringerung der Volatilität, widerspricht mathematisch-statistischen Gesetzen und ist empirisch widerlegt: Der weitere Ausbau von Windkraft und PV verschärft die Probleme!

Fakt: Um die fehlende Verlässlichkeit von Windkraft- und Photovoltaik ausgleichen und konventionelle Erzeugung (derzeit: Kohle, Kernkraft, Erdgas) tatsächlich ersetzen zu können, würden Stromspeicher in gigantischen Dimensionen benötigt. Um für eine zehntägige Phase geringer Wind- und PV-Erzeugung gewappnet zu sein, bräuchten wir rund 2000 Exemplare des größten vorhandenen Pumpspeicherkraftwerks (Goldisthal). Andere Speichertechnologien sind kostenmäßig vollkommen illusorisch bzw. noch nicht einmal als Idee vorhanden. Der Ersatz regelbarer durch fluktuierende Erzeugung ist ohne Speicher nicht möglich und mit Speichern unbezahlbar.

Fakt: Dem vorgeblichen Klimaschutz dient die aktuelle Energiepolitik nicht. Der CO₂-Ausstoß steigt, statt zu sinken. Das „schmutzige Geheimnis“ des „Ökostroms“ ist kein Übergangsphänomen, sondern systembedingt.

Fakt: Infolge der auf Ausbau „Erneuerbarer Energien“ verengten Politik sind die Strompreise stetig gestiegen und weitere Kostensteigerungen vorprogrammiert. Der Wirtschaftsstandort leidet. Die soziale Schieflage wird immer größer. Für das produzierende Gewerbe stellt die Energiepolitik einen Standortnachteil dar. Der letzte Bundeswirtschaftsminister sorgte sich zu Recht über Investitionszurückhaltung. Gleichzeitig nahm die Umverteilung von „Unten“ (Geringverdiener, Mieter) nach „Oben“ (EEG-Profiteure) kontinuierlich zu.

Fakt: Das Anreizsystem des EEG induziert Umweltkriminalität, säht Unfrieden und bedingt Landschaftsfraß und Naturzerstörung in ungekanntem Ausmaß. Meldungen über die Zerstörung von Storch- und Milanhorsten (K.o.-Kriterien für Windkraftprojekte) häufen sich. Doch bereits im „legalen Betrieb“ fordern die vorhandenen Windkraftanlagen einen hohen Blutzoll: Eine Viertelmillion Fledermäuse fällt ihnen jährlich zum Opfer, dem Rotmilan droht gar die Ausrottung. Die vor Ort erlebbaren desaströsen Wirkungen der aktuellen Energiepolitik auf Fauna, Flora und Lebensqualität riefen während der letzten Legislatur einen stetig wachsenden zivilgesellschaftlichen Widerstand hervor, der sich in über 800 Bürgerinitiativen manifestiert.

Fakt: Unabhängige wissenschaftliche Gremien fordern eine Kurskorrektur - seit Langem, wiederholt und vehement. Bislang stets vergeblich. Unter anderem übten der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Monopolkommission, die Expertenkommission Forschung und Entwicklung des Bundestages und der Bundesrechnungshof während der letzten Legislaturperiode deutliche und substantielle Kritik an der Energiepolitik. Auch die von der Bundesregierung selbst eingesetzte Monitoring-Kommission kam zu erschütternden Resultaten. Aus all diesen Erkenntnissen wurden in der letzten Legislaturperiode leider kaum Konsequenzen gezogen.

Statt diese Fakten ansatzweise zu streifen, bietet das ZDF den Anbietern völlig illusorischer „Konzepte“ ein breites Forum. Es unterstützt damit ein Phänomen, welches ein aufmerksamer und unabhängiger Journalist bereits 2014 wie folgt beschrieben hat:

„Rund um die Erneuerbaren Energien Branche ist ein regelrechter politisch-ökonomischer Komplex herangewachsen. In seinem Einfluss ist er wahrscheinlich nur mit der Atomwirtschaft im vergangenen Jahrhundert vergleichbar. Alle Akteure in diesem Komplex verbindet ein Interesse: Probleme der Energiewende müssen lösbar erscheinen, damit die Wind- und die Sonnenbranche weiter subventioniert werden.“

Frank Drieschner aus der ZEIT vom 8.12.2014, Hervorhebung durch uns

Die gestern ausgestrahlte „Doku“ dokumentiert, wie weit der Einfluss der EEG-Lobby bereits reicht – es wirkt, als hätte sie selbst das Drehbuch geschrieben und Regie geführt.

II. heute-Journal vom 28. Juni 2016 zum Koalitionsvertrag in NRW

Der Beitrag widmet sich dem Beschluss der NRW-Koalition, die Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung zu erhöhen und die Errichtung von WKA im Wald zu untersagen. Diese Beschlüsse werden im Grundtenor als negativ und fortschrittsfeindlich dargestellt. Zu Wort kommen ausschließlich Vertreter der Windenergielobby, deren Sicht sich das ZDF damit zu eigen macht.

Davon, dass

- die politische Entscheidung auch eine gesundheitspräventive Dimension hat,
- handfeste (tier-)ökologische Gründe den Schutz des Waldes erfordern,
- sich seit Monaten massiver, aber stets friedlicher, wohlinformierter Widerstand gegen die rot-grünen Ausbaupläne geregt hatte,

durften die Zuschauer nichts erfahren.

Auf die für eine pluralistische Berichterstattung zwingende Befragung eines Befürworters der Beschlüsse verzichtete das ZDF und präsentierte einzig den O-Ton des Bundesverbands Windenergie.

Die Erkenntnis, dass die NRW-Koalition mit ihren WKA-Beschlüssen zwingenden Gebote der ökonomischen und ökologischen Vernunft sowie dem mehrheitlichen Wählerwillen Rechnung trägt, blieb dem unvoreingenommenen Zuschauer zwangsläufig verwehrt. .

III. Morgen Magazin vom 31. Juli 2017 zu „Wind-Wutbürgern“

Der Beitrag verstieß bereits in der Anmoderation grob gegen das Gebot der Trennung von Kommentar und Bericht. Die Moderatoren (es gab zwei Versionen des Beitrags) geben ihre Meinung

- wonach WKA Symbole des Fortschritts sind, den Strom günstiger machen (!), von der großen Mehrheit der Bevölkerung begrüßt, jedoch ausschließlich von wenigen „militanten“ und „renitenten“ Egoisten bekämpft werden -

als vermeintliche Tatsachen aus.

Dieser Tenor zieht sich durch den gesamten Beitrag.
Um dieses Zerrbild der Wirklichkeit

- tatsächlich lehnen über 80 Prozent der Bundesbürger WKA im Wald ab;
- tatsächlich sind die allermeisten Windkraftkritiker fortschrittsfreundlich eingestellt, erkennen WKA aber als das, was sie sind: ökonomisch und ökologisch fragwürdig und technisch nicht in der Lage, zu verlässlicher Energieversorgung beizutragen;
- tatsächlich sind Windkraftkritiker mitnichten ein paar versprengte, egoistische Einzelkämpfer, sondern bundesweit in über 800 Bürgerinitiativen aktiv und in 11 Landesverbänden und 1 Bundesinitiative solidarisch vernetzt;

bei den Zuschauern zu festigen, schöpfte das ZDF gar das ungemein kreative Akronym „WiWuBü“. Davon, dass der portraitierte Dr. Winfried Ludwig Vorsitzender eines anerkannten Naturschutzvereins und darüber hinaus in der Volksinitiative „rettet Brandenburg“ sowie unserer bundesweit aufgestellten Initiative aktiv ist, erfuhren die Zuschauer nichts.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Diese drei Beiträge legen nahe, dass das ZDF beim Thema „Energiewende“ jede Objektivität abgelegt und sich einer politischen Agenda verschrieben hat.

Im Sinne der oben zitierten Rechtsvorschriften fordern wir Sie auf, zu Objektivität und Ausgewogenheit zurückzukehren. Bei dieser Rückkehr stehen wir – als Vertreter des Bundesverbandes der „Vernunftbürger“ – gerne zur Verfügung. Zu einem Interview oder Hintergrundgespräch sind unsere Fachleute und wir gerne bereit.

Mit freundlichem Gruß



Dr. Nikolai Ziegler

1. Vorsitzender und Fachbereichsleiter Volkswirtschaft

Nikolai.Ziegler@Vernunftkraft.de



Dr.-Ing. Detlef Ahlborn

2. Vorsitzender und Fachbereichsleiter Technologie

Detlef.Ahlborn@Vernunftkraft.de